impulse
Informationsblatt des Kreisverbandes der Partei Die Linke Märkisch-Oderland
2
2024

Foto: R. Adolph

Linke mit erfahrenen Kandidat*innen zur Kreistagswahl

Die Linke Märkisch-Oderland hat am 13. Januar in Bruchmühle 26 Kandidat*innen zur Wahl des neuen Kreistages am 9. Juni aufgestellt. Uwe Salzwedel, langjähriger Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag, wurde auf Platz 1 der Liste im Wahlkreis rund um Seelow gewählt. Auf Platz 2 folgt ihm hier Carolin Schönwald, die zugleich als Direktkandidatin zu den Landtagswahlen in Brandenburg am 22. September antritt. Im Bereich Bad Freienwalde kandidieren Christian Grunow und Matthias Böhme (Kreisgeschäftsführer der Linken), auf den Plätzen 1 und 2. Im Wahlkreis um Strausberg belegt Kerstin Kaiser den 1. Platz der hiesigen linken Wahlliste. Auch sie ist Direktkandidatin zu den Landtagswahlen. Listenplatz 2 nimmt der amtierende Co-Kreisvorsitzende, Ronny Kühn, ein.

Die langjährige Kreistagsabgeordnete und Aufsichtsratsvorsitzende der Krankenhaus Märkisch-Oderland GmbH, Gabriele Gottschling, führt die linke Liste rund um Altlandsberg an. Auf Platz 2 steht Michael Gläser, der ebenfalls bereits als Direktkandidat für den Landtag nominiert ist. Bianka Schmäke liegt im Wahlkreis Hoppegarten/Neuenhagen vorn, vor Dr. Frank Galeski. Beide sind in der Gemeindevertretung Hoppegarten aktiv, Dr. Galeski als Fraktionsvorsitzender.

Im neuen Kreistag wollen sich die Linken u. a. für gute Bildungs-, Erziehungs-, Freizeit- und Sportangebote für alle, für mehr Schulsozialarbeiter, ausreichende Gesundheitseinrichtungen, bezahlbare Wohnungen und den Ausbau des ÖPNVO wie die Ostbahn und dichtere Bustaktungen, einsetzen. Entschieden sprechen sich die Genoss*innen gegen rechtsextreme Tendenzen und für ein solidarisches Miteinander aus.

r. a.

Kandidat*innen für den Kreistag Seite 2

Kriegstüchtig? Friedenstüchtig! Seite 4

Unterstützung für Bauern Seite 5

Die Ostbahn ausbauen Seite 6

Linke vor Ort

Jana Köhler zur Wahl der Linken Kreistagskandidaten

Am 13. Januar fand die Aufstellungsversammlung der Linken Märkisch-Oderland in Bruchmühle statt. Die angespannte innen- und außenpolitische Lage beeinflusste auch die Stimmung der 72 anwesenden Parteimitglieder. Sie spiegelte ein breites Meinungsspektrum von kämpferisch bis abgeklärt, aber einig darin, dass es unverzichtbar eine starke Linke braucht, die sich, entgegen Vorhersagen anderer Parteien und bestimmter Medien, nicht selbst zersetzt.

Die umfangreiche Tagesordnung prophezeite einen arbeitsintensiven und wahlgangreichen Tag, da für alle fünf Wahlkreise jeweils eine Kandidierenden-Liste zum Kreistag zu beschließen war. Alle Kandidierenden erhielten die Gelegenheit, zu ihrer Person sowie ihren Themenfeldern und Ideen für die zukünftige Mitarbeit im Kreistag zu sprechen.

Das kreisweite Programm der Partei Die Linke für die nächste Wahlperiode, das die Arbeitsleitlinie der Vertretenden aus den unterschiedlichen Amtsgemeinden und Städten im Kreistag sein wird, wurde vorgestellt. Da es seine Wirkung für die nächsten fünf Jahre entfalten soll, beschlossen die Anwesenden, das mit „Für ein starkes, sozial gerechtes und friedliches Märkisch- Oderland“ überschriebene Dokument um mehrere konkrete Punkte wie u. a. Ausbau der Ostbahn, Schulsozialarbeiter an möglichst allen Schulen und ein kostenfreies Mittagessen an den Schulen in kreislicher Verantwortung zu ergänzen. Eine Arbeitsgruppe aus der derzeitigen Linksfraktion des Kreistages und dem Kreisvorstand wird das finale Wahlprogramm den Mitgliedern von Märkisch-Oderland bis März zur Abstimmung vorlegen.

Dank gilt an dieser Stelle den organisatorisch Verantwortlichen, dem Wahlvorstand, der Redaktionskommission und besonders den beiden kommissarischen Kreisvorsitzenden, die neben einer sehr guten logistischen und strategischen Vorbereitung und Durchführung auch eine ruhige und lösungsorientierte Versammlung gewährleisteten. Fast nahtlos schließen sich nun die Vorbereitungen der nächsten Veranstaltungen an, von denen es in diesem Superwahljahr noch einige geben wird. Aber bei über 400 Parteimitgliedern im Landkreis sollte genug Manpower zur Verfügung stehen, diese Aufgaben mit vereinten Kräften zu bewältigen.

Unsere Kandidaten für den Kreistag

Wahlkreis 1

1. Christian Grunow
2. Matthias Böhme
3. Till Grüning

Wahlkreis 2

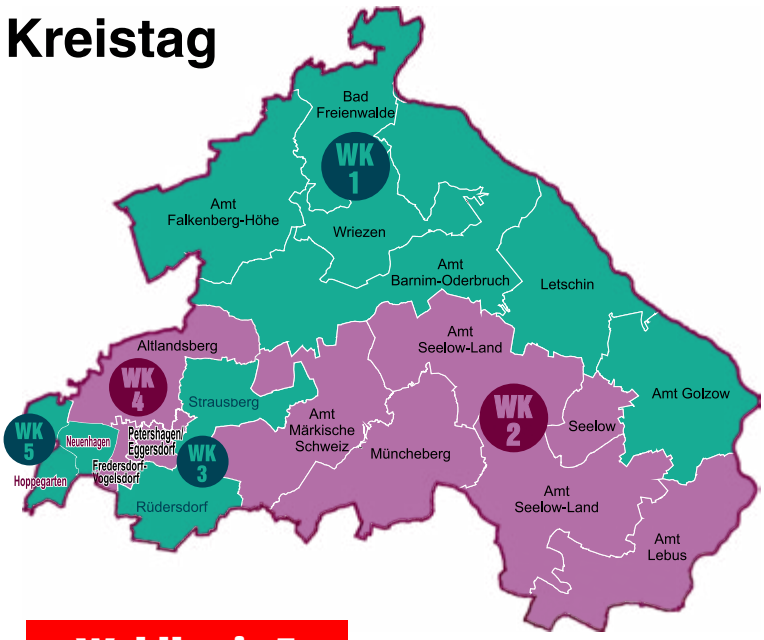
1. Uwe Salzwedel
2. Carolin Schönwald
3. Mario Eska
4. Uwe Hädicke
5. Frank Hahnel
6. Dirk Drabinski
7. Andre Herrmann
8. Winnfried Tietze

Wahlkreis 3

1. Kerstin Kaiser
2. Ronny Kühn
3. Jana Rathmann
4. Camillo Menzel
5. Peps Gutsche
6. Bernd Sachse
7. Carsten Wenzel

Wahlkreis 4

1. Gabriele Gottschling
2. Michael Glaeser
3. Romy Plesssow
4. Stephan Schwabe
5. Detlef Börold



Wahlkreis 5

1. Bianka Schmäke
2. Dr. Frank Galeski
3. Jana Köhler

Am 9. Juni 2024

Die Linke

Linke vor Ort

Foto: R. Adolph

Mehr als 2500 Menschen zeigten auf der Kundgebung am 21. Januar in Strausberg klare Kante gegen Rechts. Aufgerufen hatten die VVN-BdA Märkisch-Oderland, die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt (BorG) sowie Die Linke. Viele aus der gesamten Region, junge und alte besorgte Menschen kamen, um gemeinsam gegen die rechte Gefahr zusammenzustehen und zu protestieren.

Jahresauftakt für Die Linke 2024 Janine Wissler und Martin Schirdewan

Die Lokführer*innen streiken für höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung, die Landwirte protestieren gegen steigende Agrar-Dieselpreise und eine verfehlte Landwirtschaftspolitik. Währenddessen will die Ampel-Regierung künftig Bürgergeldbezieher*innen für Monate jede Unterstützung streichen. International spitzt sich die Konfrontation zu. Die Krisen verschärfen sich und die Bundesregierung verweigert eine gerechte Besteuerung von Reichen und Konzernen genauso wie die nötigen Investitionen. Aber für Aufrüstung ist Geld da. Die Regierung kürzt ausgerechnet am sozialen Zusammenhalt – das macht den Rechten die Räume immer weiter auf. Die Ampel ist ein politischer Ausfall, es ist höchste Zeit für eine neue Politik der Umverteilung!

Wie weit die rechte Radikalisierung inzwischen geht, haben zuletzt die Berichte über die Pläne von AfD-Vertretern, offen faschistischen Organisationen und Unternehmern für die rassistisch motivierte Vertreibung von Millionen Menschen in diesem Land dokumentiert.

Die Linke stellt sich dem unsozialen Zynismus der Regierung wie der rechten Hetze entgegen. Wir machen uns gemeinsam mit Gewerkschaften und Zivilgesellschaft konsequent für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden stark!

2024 entscheidet sich, wer in Europa in Zukunft bestimmt und welchen Weg die Europäische Union und dieses Land angesichts der zahlreichen Krisen einschlägt. Im EU-Parlament gilt es, einen Pakt von Konservativen und extremen Rechten zu verhindern. 2024 entscheidet sich auch, ob es uns in Thüringen, Brandenburg und Sachsen gelingt, gegen die Politik der Ampel-Koalition und gegen den eskalierenden Hass von rechts eine soziale Perspektive zu stärken.

Umso bedauerlicher ist die Nachricht über den Rücktritt des Bundesgeschäftsführers Tobias Bank. Wir nehmen seine Entscheidung mit Respekt zur Kenntnis und danken ihm für die geleistete Arbeit. Wir sind dankbar, dass die Mitglieder des Bundesvorstandes Katina Schubert und Ates Gürpinar bereit sind, die Bundesgeschäftsführung in dieser wichtigen Situation kommissarisch zu übernehmen.

Auf der Grundlage unseres erfolgreichen Parteitages in Augsburg und unserer demokratisch gefassten Beschlüsse wollen wir die Linke gemeinsam wieder stark machen. Ausgesprochen motivierend war dabei unser Jahresauftakt-Kongress mit rund 300 Teilnehmenden Mitte Januar in Berlin, auf dem wir die aktuellen Herausforderungen und unsere Antworten herausgearbeitet haben. Wir beide haben dazu ein Positionspapier vorgelegt. Auf eure Rückmeldung freuen wir uns (www.die-linke.de).

Gemeinsam mit euch wollen wir alles daransetzen, dass 2024 für unsere Partei ein Erfolgsjahr wird!

Kolumne

Kriegstüchtig? Friedenstüchtig werden!

Wir gehen in das Jahr 2024 mit heißen Kriegen, die Ausdruck und Folge herrschender Politik in der durchkapitalisierten Welt mit ihren verknoteten Krisen sind. Diese Kriege mit ihren menschlichen,

Foto: R. Adolph

ökologischen, kulturellen Verheerungen beschleunigen die Krisen, wirken als Katalysator.
Die Folge: „Kriegstüchtigkeit“ wird verordnet, also massive Aufrüstung und Militarisierung von Politik und Denken. Von Strausberg aus verkündet die Führung des „Kommando Heer“ die Einsatzbereitschaft des Heeres, „wo es gefordert ist“. Sie baut die Panzerbrigade 42 in Litauen mit auf und bekommt im neuen Jahr u. a. 39 Milliarden Euro für Panzer (Stück: 15 Millionen Euro), für Ausrüstung und Digitalisierung.
Dagegen werden bundesweit soziale und ökologische Freiwilligendienste gekürzt, Investitionen in Bildung, soziale und zivile Infrastruktur und die Digitalisierung der sozialen Wohlfahrtsverbände gestrichen. Niemand kann behaupten, dass damit nicht Weichen auch für unsere Region und unseren Alltag gestellt wären.
Also sind die Herausforderungen für alle drei Wahlkämpfe 2024: Demokratie, öffentliche Haushalte, Landwirtschaft und Nahrungsmittel, Energie und Wasser, Kinderbetreuung und Bildung, öffentliche Räume, Soziales und Kultur.
Wir, die Linken, spielen bisher in der Öffentlichkeit dabei kaum eine Rolle.
Erst wenn wir emanzipatorische, soziale und ökologische Politik wirksam entwickeln, vor Ort wie international solidarisch handeln, Kriegspropaganda als Normalität zurückweisen, den Anforderungen einer Kriegswirtschaft widersprechen und „Kriegstüchtigkeit“ mit aufgeklärter Friedenstüchtigkeit bekämpfen, hat Die Linke ihre Rolle gefunden. Widerständiges Denken und die entsprechende Praxis müssen endlich Kern unseres Wahlkampfs gegen rechte Denkschablonen, Militarisierung, Rassismus und Sozialabbau werden. Bei Wahlen zählen Stimmen und diese Stimmen werden wirken.

Kerstin Kaiser
Direktkandidatin der Linken 2024
WK 32 für den Landtag Brandenburg

Rechte Gewalt in Brandenburg

Am 12. Januar fand der monatliche „Antifa-Tresen“ im Strausberger sozialen Zentrum Horte mit einer Lesung zu dem Buch „Rechte Gewalt - Aktuelle Analysen und zeithistorische Perspektiven auf das Land Brandenburg“ statt. Der Einladung der ehrenamtlichen Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland folgten über 40 Personen. Neben dem Mitherausgeber Prof. Dr. Gideon Botsch vom Moses-Mendelsohn-Zentrum der Universität Potsdam war Judith Porath vom Verein Opferperspektive e.V., der landesweit Unterstützung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt anbietet, vertreten.
Gideon Botsch ging auf einzelne Beiträge ein, die beispielsweise die Gewalt gegen die KZ-Gedenkstätte Ravensbrück in den frühen 1990er Jahren und die anti-polnisch motivierten Grenzkrawalle 1991 thematisierten. Insbesondere hob er ein Interview mit einer jungen Frau hervor, die selbst in der Straßenbahn Opfer rassistischer Gewalt geworden war und die Alltäglichkeit der Gewalt, der sie als kopftuchtragende Muslima ausgesetzt ist, beschreibt.
Judith Porath las aus ihrem Beitrag zum Umgang mit den Angehörigen von Todesopfern rechter Gewalt anhand der Familien von Timo Kählke und Ingo Ludwig, die 1991 und 1992 durch Neonazis getötet wurden. Der Beitrag zeigt die mangelnde psychosoziale, rechtliche und finanzielle Unter-

Foto: horte

stützung der Angehörigen und weist darauf hin, dass die damit verbundenen Trauerprozesse und Auswirkungen auch noch 30 Jahre später spürbar sind.
In einer anschließenden Diskussion ging es um die Frage des Dunkelfeldes zu Todesopfern rechter Gewalt und um den Umgang mit und die Relevanz von Gedenken in den Kommunen.

Peps Gutsche

Unsere Abgeordneten in den Parlamenten

Bettina Fortunato, Abgeordnete der Linken im Landtag Brandenburg und Kreistagsvorsitzende von Märkisch-Oderland, beteiligte sich im Januar in Seelow an den Protesten der Bauern gegen die Agrarpolitik der Regierung (Bildmitte).

Eine von Mitgliedern des Landwirtschafts-Ausschusses des Kreistages Märkisch-Oderland initiierte Resolution zu den Protesten übergab Bettina Fortunato ihrem zuständigen Fraktionskollegen im Landtag, Thomas Domres. Die Mitglieder der Linksfraktion im Landwirtschafts-Ausschuss des Kreistages unterstützten und unterzeichneten die Resolution.

Resolution zu den Bauernprotesten

Mitglieder des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Kreistages Märkisch-Oderland stehen hinter den Bauern und unterstützt grundsätzlich ihre Proteste. Die Streichung der Agrardieselbeihilfen und der (inzwischen zurückgenommenen) Kfz-Steuerbefreiung sind nur der Anlass, der das Fass bei den Bauern bundesweit zum Überlaufen brachte. Die Ursachen für die aktuellen Proteste liegen viel tiefer. Seit Jahren verspricht die Politik, sich für gerechte Erzeugerpreise und für eine bessere Marktstellung landwirtschaftlicher Produkte einzusetzen. Stattdessen steigen der bürokratische Aufwand und die ordnungsrechtlichen und ökologischen Auflagen und die Bäuerinnen und Bauern sind noch immer nicht in der Lage, die damit verbundenen Mehrkosten am Markt weiterzugeben.

Bäuerinnen und Bauern bekommen die dringend notwendige Ökologisierung des Pflanzenbaus und den Umbau zu einer umweltverträglichen und artgerechten Tierhaltung weder über den Markt noch über eine staatliche Förderung ausreichend honoriert.

Der Landkreis Märkisch-Oderland verfügt über eine in Jahrhunderten gewachsene, wertvolle Kulturlandschaft, die zu großen Teilen durch die Landwirtschaft selbst geprägt und überhaupt erst geschaffen wurde. Die gilt es zu schützen und den Landwirten dabei alle mögliche Unterstützung zuteilwerden zu lassen. Der Versuch, die 30 Milliarden-Finanzlücke im Bundeshaushalt und im Klima- und Transformationsfonds zu schließen, darf nicht auf Kosten der Landwirte geschehen.

Seit Jahren liegen konkrete Konzepte vor, wie die notwendige Ökologisierung des Pflanzenbaus und der Umbau der Tierhaltung so gelingen kann, dass er mit greifbaren wirtschaftlichen Perspektiven für den landwirtschaftlichen Berufsstand verbunden ist.

Wir fordern deshalb als ersten Schritt die Rücknahme der angekündigten Streichung der Agrardiesel-Beihilfen.

Als zweiten notwendigen Schritt fordern wir einen gemeinsam mit Vertretern des Bauernverbandes erarbeiteten Plan zur stufenweisen Umsetzung eines 6-Punkte-Planes, damit

- Bäuerinnen und Bauern endlich in die Lage versetzt werden, mit dem nachgelagerten Bereich (Produktaufkauf und -handel) auf Augenhöhe zu verhandeln,
- zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung hin zu mehr artgerechten und umweltschonenden Formen eine Tierwohlabgabe eingeführt wird,
- Akteure mit stark überdurchschnittlichem Landbesitz beim Landkauf einen höheren Grunderwerbsteuersatz zahlen,
- die Prämien für Umweltleistungen innerhalb der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) einkommenswirksam gestaltet werden,
- zur Vermeidung von Einkommensverlusten die Wahlfreiheit zur Gentechnik-Anwendung erhalten bleibt,
- deutsche Standards auf europäischem Niveau entwickelt und Bürokratie abgebaut wird.

Seit vielen Jahren hat es die deutsche Agrarpolitik nicht geschafft, den landwirtschaftlichen Produzenten langfristige Perspektiven, verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit zu gegeben. Das muss sich schnellstens ändern.

Unsere Abgeordneten in den Parlamenten

Christian Görke zum (Nicht)Ausbau der Ostbahn

„Dass die Bundesregierung sich nicht zu einem Ausbau der Ostbahn zwischen Berlin, Strausberg, Müncheberg und Küstrin-Kietz verpflichten möchte, ist symptomatisch für diese selbst ernannte Fortschrittskoalition“, kritisierte der Bundestagsabgeordnete der Linken aus Brandenburg, Christian Görke, Anfang Januar.

Ortstermin mit Christian Görke (3. v. l.) zur Reaktivierung der Wriezener Bahn

Seit vielen Jahren engagieren sich Anliegerkommunen, der Landkreis Märkisch-Oderland sowie die Länder Brandenburg und Berlin dafür, dass diese wichtige Schienenverbindung im Herzen Europas durchgehend zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert wird. Nun hat die Bundesregierung offensichtlich bei dem Ausbauprojekt auf die Bremse getreten und damit eine Aufnahme in das transeuropäische Verkehrsnetz, also EU-Mittele, verhindert. Die Kosten des Mega-Projekts werden auf 1,3 Milliarden Euro geschätzt.

Görke erläuterte in seinem Statement weiter: „Wenn es darum geht Sonntagsreden zur Verkehrswende zu halten, sind zum Beispiel die Grünen ganz weit vorne dabei, aber wenn es um konkrete Verbesserungen geht, werden keine Verpflichtungen eingegangen. Dabei ist klar: Die Ostbahn muss ausgebaut werden, um einen Verkehrskollaps in Ostbrandenburg zu verhindern! Besonders für die Brandenburger Bundestagsabgeordneten der Regierungskoalition ist dieses Theater um die Ostbahn ein Armutszeugnis. Das Land Brandenburg darf jetzt nicht mehr auf den Bund warten und muss den Fingerzeig des Bundesministeriums aufnehmen und selbst die Initiative über die Finanzierung des GVFG-Programms schleunigst ergreifen.“

Der Linken Bundestagsabgeordnete hatte sich zuvor über seine Fraktionskollegin Petra Sitte mit einer Anfrage über das Verweigerungsverhalten der Regierung an das Bundesverkehrsministerium gewandt. In der Antwort verwies der Parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium Michael Theurer, darauf, dass angesichts begrenzter Mittel und vieler Anträge die Aussichten für eine Berücksichtigung in das transeuropäische Verkehrsnetz sehr ungewiss seien.

Dennoch sei ja die Ostbahn Mitte Oktober 2023 vom Verkehrsausschuss des Bundestages hochgestuft worden und rangiere nun als potentieller Bedarf für die Aufnahme in den Bundesverkehrsplan. Es gäbe die Option, über das Gemeindefinanzierungsgesetz Mittel zu erhalten. Dies würde 90 Prozent Fördermittel vom Bund bedeuten. Die Initiative müsste vom Land ausgehen, antwortete Teurer.

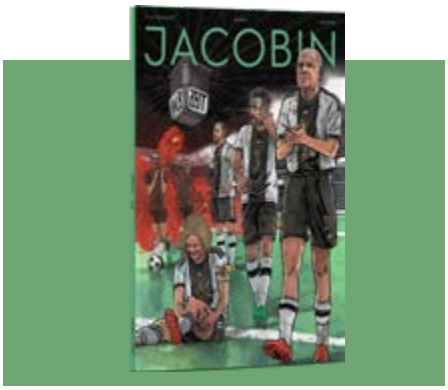
Die Bahnstrecke ist nach Ansicht der Länder und des VBB nicht nur wegen der Ansiedlung des US-Elektroautobauers Tesla bedeutsam. Im Zuge steigender Einwohnerzahlen und der mit ihnen zunehmenden Aus- und Einpendler im engeren Verflechtungsraum zu Berlin und im äußeren Entwicklungsraum des Landkreises MOL sowie des anwachsenden Personen- und Güterverkehrs von und nach Polen erweisen sich vorhandene Streckenverläufe, Stationsaufenthalte und Fahrzeiten auf der Schiene als immer weniger den höheren Anforderungen gewachsen. r. a.

Futter für linke Köpfe

JACOBIN liefert sozialistische Perspektiven auf Politik, Wirtschaft & Kultur. 2010 in New York geboren, erscheint JACOBIN in acht Sprachen. Aus der aktuellen Nummer: Halbzeit

Nach zwei Jahren Ampel-Regierung steckt die Bundesrepublik in der Krise. Teile der von Merkel und Schröder übernommenen politischen Ökonomie stehen stabil wie Niedriglohnsektor und Schutz der Superreichen. Andere geraten ins Wanken wie Schuldenbremse. Die Ampel wirft historische Tabus über den Haufen wie die Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete.

jacobin.de/abo (Print: 45€/Jahr, Digital: 20€/Jahr)



In der Welt unterwegs

Mein Sommer am anderen Ende der Welt

Eindrücke von Ursula Böttcher auf der Inselkette Hawaii

12 Tage des letzten Sommers habe ich auf der Insel O'ahu von Hawaii verbracht. Mit einer kleinen Gruppe erlebte ich Natur, Kultur und den Zauber dieser fernen Welt. Unsere Unterkunft befand sich in Ka'a'awa, einem kleinen Ort auf der Ostseite der Insel, wo der Regen fällt, der über den Pazifik herüber treibt. Es regnet dort jeden Tag und es gibt ständig Regenbögen. Dadurch ist die Vegetation sehr üppig, im Gegensatz zur Westseite hinter den Bergen.

Auf zahlreichen Rundfahrten lernte unsere Gruppe die Insel etwas näher kennen. Zu den Zielen gehörten ein wunderschöner botanischer Garten und die Hauptstadt Hawaiis, Honolulu. Die Stadt mit rund 350 000 Einwohnern säumt ein halbmondförmiger Palmenstrand mit zahlreichen hohen Hotels.

Wir besuchten auch eine Farmkooperative, die die sehr hügligen Felder, auf denen verschiedenste einheimische Früchte angebaut werden, mit Zip-Lining überspannt hatte. Neben den aufregenden „Flügen" durch die Lines erfuhren wir hier von den Guides sehr viel über Geschichte, Kultur und Vegetation Hawaiis.

1898 annektierten die USA die Inselkette Hawaii, denn sie er-

Hawaiianische Kultur

wies sich im Spanisch-Amerikanischen Krieg als unverzichtbarer Militärstützpunkt. 1959 wurde Hawaii zum 50. Bundesstaat der USA erklärt. Vor der Kolonisierung gab es auf Hawaii eine Million Einheimische, danach nur noch 40.000! Unter ihnen waren mutige Menschen, die die Hula-Kultur im Geheimen pflegten, was gefährlich war, da die Kolonisatoren jeden bekämpften, der nicht an den christlichen Gott glaubte. Neben den polynesischen Ureinwohnern, die sich Kanaka Maoli nennen, siedelten sich weiße Missionare, Händler und Walfänger an. Heute leben auf Hawaii ca. 1,4 Millionen Menschen. Die größten Bevölkerungsgruppen bilden Asiaten (41,6 %) und Menschen europäischer Herkunft (24,3 %). 7,9 % der Bewohner Hawaiis sind Polynesier (einschließlich der 6,6 % „ursprünglicher" Hawaiianer) sowie 1,8 % Afroamerikaner. Die Bevölkerungsentwicklung ist auf Grund der sehr hohen Lebenshaltungskosten, die wir auch verspürt haben, rückläufig.

Die hohe Arbeits- und Obdachlosigkeit zeigt sich in den zahlreichen Zeltstädten hinter den Stränden.

Diese Reise war nicht nur sehr schön und exotisch, sondern hat mir auch Land und Leute sehr viel nähergebracht.

Westküste Hauwaiis

Fotos: U. Böttcher

Was ist los in dieser, unserer Welt?

Eine Gruppe Aktivisten (AG SIPO) der Partei Die Linke mit weiteren links orientierten Aktivisten sind besorgt.

Da überfällt Russland die Ukraine. Da fällt die Hamas in Israel ein. Da beschießen die Houthi-Rebellen Tanker und behindern nicht nur Israel, sondern die Versorgung der westliche Welt mit Erdöl. Da fordert ein Minister der BRD – Deutschland müsse kriegsbereit sein und veranlasst auch sofort die Verlegung deutscher Einheiten nach Litauen, also in unmittelbare Frontnähe und provoziert damit Weißrussland und Russland.

Die AG SIPO ist interessiert, Meinungen der Leser zu erfahren und bittet diese Meinungen entweder direkt in der Geschäftsstelle des Kreisverbandes der Partei Die Linke in Strausberg, Große Straße 45 oder per E-mail an info@dielinke-mol.de zu übermitteln.

Die AG SIPO ist überzeugt, daß auch weitere Leser gleiche oder ähnliche Sorgen haben und bedankt sich im Voraus für die Mitteilungen der Leser. *AG SIPO*

Bürgerbüros

Bettina Fortunato (MdL)
Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon:(0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de
Montag bis Donnerstag
9.00 - 13.00 Uhr
(Nach Vereinbarung)

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL
www.dielinke-mol.de
info@dielinke-mol.de

Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon:(0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de
Mo. 10 – 12 Uhr | Die. 10 – 16 Uhr
Mi. 10 – 12 Uhr | Do. 10 – 16 Uhr

Bad Freienwalde
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de
1. Dienstag im Monat
9.30 - 11.30 Uhr
jeden Donnerstag
16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de
Montag bis Mittwoch
9.00 - 12.00 Uhr

Nächste Ausgabe
Redaktionsschluss: 16. Febr. 2024
Erscheinen: 1. März 2024

Wir treffen uns

Kämpfe mit uns für eine gerechte Welt

Für soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Verteilung des Reichtums. Für mehr Demokratie, Frieden und klare Kante gegen Rechts!
Es gibt viele Möglichkeiten, bei uns aktiv zu werden. Du kannst Mitglied werden und mit anderen zusammen aktiv werden – auf der Straße oder im Netz.

Wir wollen die Partei gemeinsam stärken, damit Millionen Menschen angesichts der vielen Krisen eine attraktive Wahl haben: Mit Links für eine gerechte Zukunft!

Dafür brauchen wir dich!

Mitglied werden unter:
https://www.die-linke.de/mitmachen/

Kostenlose Rechtsberatung

Rechtsanwalt Karsten Knobbe, ersten Dienstag im Monat, 18.30 Uhr:
https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw

Politische Aschermittwoch der Linken

Am **14. Februar** geht es ab 19 Uhr wieder rund in der Aula der FAW–Schule, Eggersdorfer Str. 91–95 in **Petershagen**! Gäste auf der Bühne werden u. a. die Direktkandidatin der Linken für den Landtag, Kerstin Kaiser, und der Mann aus dem Fernsehen, Lothar Bölck, mit „Bölck gibt Stoff - immer wieder“ sein. Es gibt zudem Gelegenheit zu Gesprächen über linke Politik in MOL, Brandenburg und der Welt bei Bier und Bockwurst.

Bildung im Februar

Kontroverse Diskussion:
„Die EU – undemokratisches Bündnis kapitalistischer Staaten oder mögliche Plattform für ein demokratisches bürgerfreundliches Europa?“ mit Bettina Fortunato, Vorsitzende des Europaausschusses im Landtag Brandenburg.
19. Februar, 18 Uhr, Geschäftsstelle der Linken, Strausberg, Große Str. 45

Der Kreisvorstand berät

Do., **7. Februar**, 16.30 Uhr,
Große Straße 45, **Strausberg**

Die Linksfraktion des Kreistages MOL

trifft sich am **14. Februar 15.30 Uhr**,
im **Kreiskulturhaus Seelow**,
Erich-Weinert-Straße 12.
Ab 17 Uhr tagt der Kreistag in dem Kreiskulturhaus.

IMPRESSUM
Herausgeber: Kreisvorstand der Partei Die Linke MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.
V.i.S.d.P.: Ronny Kühn und Doris Richter, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, info@dielinke-mol.de.
Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: Die Linke MOL, privat